

Debatte um assistierten Suizid: Ein Gesetz für das Lebensende?

Britannien diskutiert über das Gesetz zur assistierten Sterbehilfe für unheilbar Kranke. Was Sie über die Debatte wissen sollten.

London, United Kingdom - Britain im Streit um assistierten Suizid! Ein bahnbrechendes Gesetz zur Legalisierung des assistierten Sterbens wurde letzte Woche im britischen Parlament eingeführt – der erste Versuch, das Gesetz seit einem Jahrzehnt zu ändern. Sollte das Gesetz verabschiedet werden, könnten terminal erkrankte, geistig kompetente Erwachsene mit einer Lebenserwartung von sechs Monaten oder weniger das Recht erhalten, mit medizinischer Hilfe ihr Leben zu beenden.

Der aktuelle rechtliche Rahmen in England und Wales, der seit dem Suicide Act von 1961 besteht, verbietet es, Suizid zu fördern oder dabei zu helfen. Wer gegen dieses Gesetz verstößt, muss mit bis zu 14 Jahren Gefängnis rechnen. Labour-Abgeordnete Kim Leadbeater, die das Gesetz am 16. Oktober einbrachte, betont die Notwendigkeit, die gesetzlichen Regelungen mit den richtigen Schutzmaßnahmen zu versehen, um zu verhindern, dass Menschen mit Behinderungen oder psychischen Erkrankungen unter Druck gesetzt werden, diese Entscheidung zu treffen.

Die hitzige Debatte

Die Diskussion über das Thema hat auch religiöse Führer mobilisiert. Justin Welby, der Erzbischof von Canterbury, warnt,

dass die Legalisierung des assistierten Suizids viele verletzbare Menschen gefährden könnte, die sich als Belastung für ihre Angehörigen oder das Gesundheitssystem empfinden. Die British Islamic Medical Association äußert ähnliche Bedenken und betont die Gefahren für marginalisierte Gruppen, die bereits Schwierigkeiten haben, angemessene Gesundheitsversorgung zu erhalten.

Die Unterstützer des Gesetzes argumentieren, dass es um Selbstbestimmung, Schmerzlinderung und seelischen Frieden gehe. Eine Umfrage von Dignity in Dying zeigt, dass 84 Prozent der Briten die Legalisierung des assistierten Sterbens unterstützen. Premierminister Keir Starmer, der bereits 2015 für ein ähnliches Gesetz warb, fordert eine „freie Abstimmung“ im Parlament und betont, dass es Gründe für eine Gesetzesänderung gebe. Die erste Abstimmung über das neue Gesetz ist für den 29. November geplant.

Details	
Ort	London, United Kingdom
Quellen	• www.aljazeera.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at